

Zu Punkt **7.15**  
der Tagesordnung des  
Wirtschaftsparlamentes vom  
24.11.2016



Antrag zur Sitzung des WKÖ-Wirtschaftsparlaments am 24. November 2016 betreffend die  
**Einführung des Integrierten Steuertarifs**

Österreichische und internationale Wirtschaftswissenschaftler sind sich einig, dass durch die dynamische Entwicklung der Technologie (»Industrie 4.0« bzw. »Wirtschaft 4.0«) gesellschaftliche Veränderungen enormen Ausmaßes auf uns zukommen. Die Komplexität der Umwandlung und die Geschwindigkeit, mit der sie erfolgt, überfordern Politik und PolitikerInnen.

Angesichts dieser neuen Herausforderungen sollten wenigstens die alten Hausaufgaben gemacht sein: Sinnloser administrativer Aufwand, hohe Kosten und eine zu hohe Staatsquote schwächen unsere Unternehmen.

Ein grundlegend neues Steuersystem ist dringend erforderlich. Finanzminister Schelling, die Industriellenvereinigung, WIFO, IHS und der Rechnungshof sowie führende Wirtschaftswissenschaftler haben längst ein System des »Integrierten Tarifs« vorgeschlagen, das sich in anderen Ländern bestens bewährt hat. Die Koalitionsregierung hat nach der letzten Wahl 2013 die Erarbeitung eines neuen Steuersystems beschlossen – nichts ist seither geschehen.

Selbst die Wirtschaftskammer hat 2010 die verwirrende Administration unserer Gesundheitsfinanzierung beklagt und einen Vorschlag zur Vereinfachung und Integration in das Steuersystem vorgeschlagen. Die Politik reagiert nicht mehr. Die Wirtschaftskammer sollte deshalb angesichts viel größerer Probleme, die uns bevor stehen, initiativ werden.

Die WKO verfügt über hervorragende Experten auf dem Gebiet des Steuerrechts und ist eine jener wenigen Organisation in Österreich, die ein neues Modell ausarbeiten können. Das Warten auf ministerielle Einfälle in diesem Bereich war schon in der Vergangenheit zwecklos.

Wir stellen deshalb folgenden Antrag:

**Die WKO soll gemeinsam mit den Sozialpartnern und ExpertInnen ein Modell eines Integrierten Tarifs ausarbeiten und dieses dem Nationalrat und der Regierung als Vorschlag für die gesetzliche Weiterbearbeitung zuleiten.**

Für die Fraktion der Grünen Wirtschaft

  
Sabine Jungwirth

  
Otto Kazil

  
Volker Plass